



www.forum-rauchfrei.de
post@forum-rauchfrei.de

Sprecher(in) und Anschrift

Johannes Spatz,
☎ (030) 7475-5922, Fax: -5925
Kamillenstr. 54
12203 Berlin

Giselly Leinenbach, ☎ (030) 897 49007
Dr. Jörn Reimann, ☎ (030) 72 119 08
Wolfgang Nitze, ☎ (030) 747 55974

Berlin, 30. Mai 2007

Stellungnahme des Forum Rauchfrei zum Grünbuch „Für ein rauchfreies Europa“ vom 30. Januar 2007

Das Forum Rauchfrei als politisch agierende NGO-Nichtraucherinitiative bewertet das Grünbuch als gut strukturiert, inhaltlich fundiert und sehr hilfreich, sofern ein nationaler politischer Wille besteht, sich daran zu orientieren.

Dieser Wille ist jedoch bei der gegenwärtigen deutschen Legislative nicht feststellbar. Nur so ist erklärbar, dass der Bundestag am 25. Mai 2007 das Gesetz vor den Gefahren des Passivrauchens verabschiedet hat, ohne die nahezu einstimmige Kritik der Sachverständigen auf der vorausgegangenen Anhörung aufzugreifen und das Arbeitsstättenrecht dahingehend zu ändern, dass Rauchverbote am Arbeitsplatz auch außerhalb von Bundeseinrichtungen und unabhängig von der Art des Arbeitsplatzes verbindlich werden.

Auch die bislang bekannten Regelungen einzelner deutscher Landesgesetzesentwürfe zum Nichtraucherenschutz, darunter Berlin, lassen diverse Ausnahmen beim Nichtraucherenschutz zu und benachteiligen viele Berufsgruppen im Dienstleistungsbereich gesundheitlich durch Tabakrauchexpositionen.

Die gegenwärtige Zurückhaltung der Gesetzgeber lässt sich durch die erfolgreichen Interventionen der Tabakindustrie in der Bundesrepublik Deutschland erklären:

- Wie eng Tabakindustrie und Politik verfilzt sind, zeigt ein Vorgang aus dem vergangenen Jahr. Als die ersten Verhandlungen der Koalitionspartner der Bundesregierung über ein Nichtraucherchutzgesetz geführt wurden, wurde als Tischvorlage ein Papier benutzt, das bis auf die Rechtschreibfehler identisch mit einem Positionspapier des Verbandes der Zigarettenindustrie war.
- Die Tabakindustrie lädt das ganze Jahr zu einer Fülle von Gesprächen und Festen ein. Diese „Dialogveranstaltungen“, „Parlamentarische Abende“, „Blaue Stunden“, „Spree-Gespräche“ und „Frühlingsfeste“ dienen der Kontaktbildung zwischen Tabakindustrie und Politik. So haben zuletzt für den 22. März dieses Jahres 350 Vertreter von Presse, Wirtschaft und Politik ihr Erscheinen zu „Liberty Award“ von Reemtsma zugesagt. Darunter befanden sich 37 Mitglieder des Bundestages.
- Nur ein Teil von Spenden wird offiziell angegeben. So hat der Bundestag 247.220 EURO Parteispenden der Tabakindustrie für die Jahre 2001 - 2004 veröffentlicht.
- In diesen Veröffentlichungen tauchen Spenden unter 10.000 EURO nicht auf. Unter diesem Limit gibt es viele Beispiele der Beeinflussung der Politik. So hat Tabakindustrie jährlich an die Landesvertretung von Niedersachsen in Brüssel 4.500 EURO für ein Grünkohlessen und ein Spargelessen gesponsert.

- Ein anderes Beispiel, wie die Tabakindustrie Freundschaften pflegt, ist die Schaltung von Anzeigen. Beispielsweise hat die Parteizeitung Vorwärts der Sozialdemokratischen Partei Deutschland (SPD) im Jahr 2006 für die Bezahlung von Werbeanzeigen der Tabakindustrie 90.000 EURO erhalten.
- Die Parteizeitung Vorwärts hat 2007 bis Juni drei ganzseitige und eine kleinere Anzeige von der Tabakindustrie abgedruckt. Da im Dezember 2006 die EU-Richtlinie 2003/33/EG in Kraft trat, handelt es sich hierbei um eindeutige Gesetzesverstöße. British American Tobacco versuchte im Mai 2007 durch eine ganzseitige Anzeige im Vorwärts auf die SPD-Mitglieder Einfluss zu nehmen, als der Konzern behauptete, dass „verbesserte Luftqualität durch technische Lösungen“ das Problem des Passivrauchens in der Gastronomie lösen könne. Noch im gleichen Monat wurde im Bundestag mit großer Mehrheit ein Nichtraucherschutzgesetz abgestimmt, das in öffentlichen Einrichtungen Raucherräume zulässt.

Vor diesem Hintergrund erscheinen aus Sicht des Forum Rauchfrei nur **verbindliche** EU-Vorgaben als geeignet, zumindest mittel- bis langfristig eine nationale Gesetzeskorrektur nach angestrebten und z. T. in anderen Ländern auch schon realisierten europäischen Standards beim Nichtraucherschutz zu erreichen.

Deshalb treten wir ausschließlich für Maßnahmen ein, wie sie im Grünbuch im Kapitel V unter „8. Verpflichtende Rechtsvorschriften“ angeführt werden. Die Maßnahmen müssen alle öffentlich zugänglichen geschlossenen Räume und Arbeitsstätten rauchfrei machen und im Außenbereich dort für tabakrauchfreie Luft sorgen, wo aufgrund von großen Menschenansammlungen ein Ausweichen nicht oder nur bedingt möglich ist. Sie sollten in die EU-Richtlinie aufgenommen werden, über die am ehesten verbindliche Regelungen über Mindeststandards festgeschrieben werden können.

Dr. Jörn Reimann

Johannes Spatz